

Antrag 2023/B/1
AfA Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Keine Mittelkürzung bei der Bundeszentrale für politische Bildung!**

1 Der SPD-Landesparteitag fordert den SPD-
2 Parteivorstand und die Bundestagsfraktion
3 sowie die SPD-Mitglieder der Bundesregie-
4 rung auf, die von der Bundesregierung ge-
5 planten Mittelkürzungen für die Bundes-
6 zentrale für politische Bildung zu stoppen.
7 Empfänger:innen: SPD-Parteivorstand,
8 SPD-Bundesparteitag, SPD-
9 Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder
10 der Bundesregierung

11

12 Begründung

13 Die Bundesregierung plant aus haushalt-
14 politischen Gründen, die finanziellen Mittel
15 der Bundeszentrale für politische Bildung
16 um über 21 Prozent zu kürzen. Ganz kon-
17 kret sollen laut Kabinettsentwurf die Mit-
18 tel für die Bundeszentrale für politische Bil-
19 dung von rund 96 Millionen Euro in diesem
20 Jahr auf knapp 76 Millionen Euro im Jahr
21 2024 sinken.

22 Die Bundeszentrale für politische Bildung
23 leistet einen hervorragenden Beitrag zur
24 Demokratieförderung und Aufklärung über
25 das aktuelle politische Geschehen. Gera-
26 de in der heutigen Zeit der Desinformatio-
27 nen, der Politikverdrossenheit und einem
28 zunehmenden Rechtsruck eine Mittelkür-
29 zung ein verheerendes Signal und würde
30 letztendlich den notwendigen Zusammen-
31 halt in unserer Gesellschaft gefährden. Da-
32 her ist eine Mittelkürzung strikt abzuleh-
33 nen!